

Neuer Klimaschutz-Index: Noch kein Land gut genug – EU steht am Scheideweg

geschrieben von Andreas | 7. Dezember 2020



Pressemitteilung Germanwatch und NewClimate Institute

Vor EU-Klimaziel-Gipfel erscheint neue Rangliste der 58 emissionsstärksten Staaten:

- Sieben EU-Staaten und EU selbst erhalten Note “gut” im Klimaschutz – aber auch fünf EU-Staaten in schlechtester Kategorie**
- Deutschland leicht verbessert im oberen Mittelfeld auf Platz 19**
- Portugal und Neuseeland gehören zu großen Aufsteigern – Schweden Vorreiter**
- USA hinter Saudi-Arabien abgeschlagenes Schlusslicht**

Berlin/Bonn (7. Dez. 2020). Wenige Tage vor Beginn des EU-Gipfels zum Klimaziel 2030 zeichnet der heute veröffentlichte Klimaschutz-Index 2021 ein zwiespältiges Bild der Europäischen Union. Während vor allem die skandinavischen EU-Staaten, Aufsteiger Portugal und die EU selbst mit recht guten Noten in der Top-Region des Index zu finden sind, gibt es mit Ungarn,

Polen, Tschechien, Slowenien und Zypern auch Ausreißer nach unten. „Unser Klimaschutz-Index zeigt deutlich, dass die EU am Scheideweg steht“, sagt Jan Burck, Hauptautor des von seiner Organisation Germanwatch in Kooperation mit dem NewClimate Institute erstellten Index. „Die EU kann mit einem grün ausgerichteten Wiederaufbau nach der Corona-Krise, einem ehrgeizigeren neuen Klimaziel für 2030 und einer guten Umsetzung und Weiterentwicklung ihres Green Deal zum Zugpferd beim Klimaschutz werden. Sie kann aber auch schwer ins Straucheln geraten, wenn sie Greenwashing statt Green Recovery betreibt und unzureichende Ziele sowie Instrumente im European Green Deal umsetzt.“

In der Gesamtwertung konnte sich die EU um sechs Plätze auf Rang 16 verbessern, allerdings fast ausschließlich dank einer stark besser bewerteten Klimapolitik. „In der Platzierung stecken also ein paar Vorschuss-Lorbeeren“, so Burck. „Sollte die EU beim Klimaziel für 2030 oder bei der Umsetzung des Green Deal nun doch enttäuschen, wäre ein Absturz im kommenden Jahr sicher.“ Der Klimaschutz-Index analysiert und vergleicht den Klimaschutz in den 57 emissionsstärksten Ländern und der EU (gesamt), welche für insgesamt 90 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich sind.

Emissionen sinken in mehr als der Hälfte der analysierten Staaten

Auch global scheint ein Wendepunkt zum Greifen nah. Zwar ist kurz vor dem kleinen UN-Klimagipfel am kommenden Samstag noch immer kein Land auf einem Pfad zu den Pariser Klimazielen – daher bleiben die ersten drei Plätze im Index erneut unbesetzt – aber der Höhepunkt bei den weltweiten Emissionen könnte erreicht sein. Der aktuelle Index betrachtet noch die Emissionen vor Beginn der Corona-Pandemie, zeigt also kein durch die Auswirkungen der Krise verzerrtes Bild. Die CO₂-Emissionen stiegen insgesamt nur noch ganz leicht an, in mehr als der Hälfte der betrachteten Staaten sanken sie (32). In zwei Drittel der Länder (38) werden nun mehr als zehn Prozent

der insgesamt benötigten Energie aus Erneuerbaren Energien gewonnen – in zwölf davon sogar mehr als 20 Prozent.

“Umso wichtiger ist es jetzt, dass die weltweiten Konjunkturpakete nicht nur die Wiederbelebung der Wirtschaft unterstützen, sondern auch auf eine CO₂-freie Wirtschaft vorbereiten. Ob die Mehrheit der für den Index untersuchten Maßnahmen die Treibhausgasemissionen reduziert oder erhöht, ist noch offen. Aber es gibt noch Raum, die Konjunkturpakete zu gestalten – viele gute Maßnahmen sind im Gespräch”, sagt Prof. Dr. Niklas Höhne vom NewClimate Institute, Co-Autor des Index.

Schweden an der Spitze (Platz 4, Kategorie “gut”) bleibt das vierte Jahr in Folge internationales Vorbild im Klimaschutz. Zwar ist auch Schweden kein „Klima-Musterland“ und noch nicht ganz auf dem Weg zum Erreichen der Pariser Klimaziele. Aber das Land setzt Maßstäbe in den Bereichen CO₂-Emissionen, erneuerbare Energien und Klimapolitik (jeweils in der Spitzengruppe), nur der sehr hohe Energieverbrauch pro Einwohner (Platz 49) verhindert eine noch bessere Bewertung. Im Gesamt-Ranking folgen **Großbritannien** (5.) und **Dänemark** (6.). Zu den großen Aufsteigern gehören **Portugal** (von Platz 25 auf 17) und **Neuseeland** (von 37 auf 28).

“Die drei Nicht-Industrienationen **Marokko**, **Chile** und **Indien** zeigen mit ihrer Platzierung in den Top Ten des Index, dass Klimaschutz nicht nur Industriestaaten vorbehalten ist. Vergleichsweise ehrgeizige Klimaschutzziele kombiniert mit einem ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren Energien bei insgesamt niedrigem Emissionsniveau führen hier zu einer deutlich besseren Bewertung als bei vielen reicheren Staaten”, sagt Niklas Höhne.

Desaströs ist erneut das Abschneiden der **USA**: Im letzten Jahr unter Donald Trump liegen sie zum zweiten Mal in Folge noch hinter Saudi-Arabien am Ranking-Ende. Die USA landen in drei der vier Kategorien (Ausnahme Erneuerbare Energien: “schwach”)

in der Schlussgruppe („sehr schwach“) und erhalten in der Klimapolitik als einziges Land neben **Australien** und **Algerien** sowohl bei der nationalen als auch der internationalen Politik die schlechteste Bewertung „sehr schwach“. Die Pläne des designierten neuen Präsidenten Biden eröffnen große Chancen, dass sich diese Bewertung deutlich verbessern könnte – allerdings nur, wenn die Ankündigungen aus dem Wahlkampf tatsächlich umgesetzt werden. Angesichts der noch unklaren Mehrheitsverhältnisse im Senat ist unsicher, wie viel davon realisiert wird.

Deutschland zum zweiten Mal in Folge etwas verbessert – gute internationale Klimapolitik

Deutschland hat sich nach dem Tiefpunkt vor zwei Jahren (Platz 27) zum zweiten Mal in Folge etwas verbessert und landet nun im oberen Mittelfeld auf Rang 19 (Vorjahr 23) – es reicht allerdings noch nicht für die Kategorie „gut“. Deutschlands Problemfelder sind ein für die Umsetzung der Pariser Klimaziele deutlich zu schwaches Ziel für erneuerbare Energien, viel zu wenig Fortschritt im Verkehrssektor sowie ein noch immer hoher Energieverbrauch und auch hohe Emissionen pro Einwohner. Der Trend bei beiden letztgenannten Indikatoren hat sich jedoch verbessert. „Zum leicht verbesserten Abschneiden Deutschlands tragen auch gute Noten für die internationale Klimapolitik bei – zum Beispiel im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft bisher. Trotz nur mittelmäßiger Noten für die nationale Klimapolitik schafft es Deutschland deshalb in der Kategorie Klimapolitik in den Bereich ‚gut‘“, erklärt Jan Burck. „In allen drei übrigen Kategorien reicht es nur für die Bewertung ‚mittelmäßig‘. Dies ließe sich insbesondere mit ambitionierteren Ausbauzielen bei den Erneuerbaren Energien und deutlichen Korrekturen bei den Sektoren Verkehr und Gebäude sowie beim Kohleausstieg verbessern. Die Umsetzung eines EU-Klimaziels von mindestens minus 55 Prozent bis 2030 könnte neben dem European Green Deal dafür die Initialzündung sein, auch wenn selbst das noch kein ganz ausreichender Beitrag für das Einhalten des 1,5 Grad-Limits wäre.“

Den Klimaschutz-Index 2021 finden Sie hier: www.ccpi.org

Kontakte für Medien:

Germanwatch

Jan Burck: 0177 888 92 86, burck@germanwatch.org

Stefan Küper (Pressesprecher): 0151 252 110 72,
kueper@germanwatch.org

NewClimate Institute

Niklas Höhne: 0173 715 2279, n.hoehne@newclimate.org

Nicolas Fux: 030 208 492 749, n.fux@newclimate.org

Hinweis: Der Klimaschutz-Index wird heute um 14 Uhr MEZ in einer Online-PK vorgestellt. Den Link erhalten Sie nach Anmeldung unter presse@germanwatch.org (bitte bis spätestens 13:30 Uhr).

–

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

+++ Wegen der allg. Corona-Schutzmaßnahmen derzeit im Homeoffice per Handy erreichbar +++

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org

Deutschland als klimaschonende Tourismusdestination stärken

geschrieben von Andreas | 7. Dezember 2020



Das Projekt „Katzensprung – Kleine Wege. Große Erlebnisse“ hat sich zum Ziel gesetzt, Deutschland als nachhaltige Reiseregion zu stärken.

Bonn, 16. November 2017

Schildkröten-Projekt auf Galapagos, Naturerlebnis im US-Nationalpark, Tiere beobachten im Ökoressort in Südafrika: Die Nachfrage nach nachhaltigen Natur- und Urlaubserlebnissen steigt. Laut einer aktuellen Studie des Bundesumweltministeriums legen bereits knapp 20 Millionen Deutsche bei ihrer Urlaubsentscheidung Wert auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit der Angebote. Darunter sind besonders viele Reisende, die sich für Natur- und Studienreisen interessieren.

Auch viele junge Menschen interessieren sich für Nachhaltigkeit im Urlaub. Sie reisen jedoch überdurchschnittlich häufig in die Ferne, da sie Deutschland weder als nachhaltiges Reiseziel noch als interessantes Ziel für Aktiv- und Naturerlebnis-Urlaub kennen.

Das Projekt „Katzensprung – Kleine Wege. Große Erlebnisse“ hat

sich zum Ziel gesetzt, klimaschonende Reiseangebote in Deutschland bekannter und besser auffindbar zu machen. Dafür werden im Projekt zwölf Naturparke aktiv auf ihre touristischen Angebote untersucht und eine Stärken- und Schwächen-Analyse im Hinblick auf ein nachhaltiges Tourismusangebot durchgeführt. „Das von der Nationalen Klimaschutzinitiative geförderte Projekt ist eine große Chance für die Naturparke und ihre kooperierenden Touristikpartner“, sagt Ulrich Köster, Geschäftsführer des Verbands Deutscher Naturparke e.V. (VDN). „Dank der Analyse und des kritischen Blicks von außen können sie sich einen Gesamteindruck über ihre Stärken und Schwächen verschaffen. Indem die Naturparke das Thema klimaschonender Tourismus aktiv besetzen und in ihrer Region weiterentwickeln, leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Einsparung von CO₂ im deutschen Tourismus und damit zum Klimaschutz.“

Außerdem werden über einen Wettbewerb vorbildliche Beispiele aus Deutschland gesammelt und innerhalb von Kategorien wie Erlebnisse, Übernachten, Essen & Trinken oder Mobilität ab 2018 unter www.katzensprung-deutschland.de vorgestellt.

Bei der Auftaktveranstaltung am 15.11.2017 in Frankfurt/Main kamen die Projektpartner und 24 Vertreter aus den Naturparks sowie ihre Touristikpartner nun erstmals zusammen, um sich über Projektinhalte, Analyseverfahren und Klimaziele zu informieren und sich zu vernetzen. Jürgen Krenzer präsentierte seine positiven Erfahrungen: Mit seinem Familienbetrieb krenzers rhön hat der Unternehmer und Redner eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass Betriebe als Nachhaltigkeitsmotor für die Entwicklung einer Region unerlässlich sind.

Mehr Informationen zum Projekt sowie die Bewerbungsunterlagen für den Wettbewerb gibt es unter: www.katzensprung-deutschland.de/der-wettbewerb/

Sie möchten mehr wissen über das Projekt „Katzensprung – Kleine Wege. Große Erlebnisse“ oder Hintergrundinformationen

zum nachhaltigen Tourismus in Deutschland: Rufen Sie uns an (Tel.: 0228 98585-14) oder mailen Sie uns an presse@katzensprung-deutschland.de.

Bild:

Bildnachweis: Katzensprung Deutschland

Bildunterschrift: Beim ersten Symposium des Projektes Katzensprung trafen sich in Frankfurt ausgewählte Naturparke zum Thema klimaschonender Deutschlandtourismus.

Über Katzensprung:

Das Projekt „Katzensprung – Kleine Wege. Große Erlebnisse“ wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit aufgrund eines Beschlusses des deutschen Bundestages im Rahmen des Förderprogramms für innovative Klimaschutz-Einzelprojekte der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) (Förderkennzeichen 03KF0057A). Projektpartner sind COMPASS GmbH, Verband Deutscher Naturparke e.V., fairkehr GmbH und tippingpoints GmbH.

Kohleausstieg: Deutschland verliert den Anschluss

geschrieben von Andreas | 7. Dezember 2020

Pressemitteilung Germanwatch

Germanwatch begrüßt heute vorgestellte Allianz der Länder, die im nächsten Jahrzehnt aus der Kohle aussteigen werden – Kritik an bisheriger Haltung Deutschlands

Bonn (16. Nov. 2017). Heute ist auf der Weltklimakonferenz in Bonn eine von Großbritannien, Kanada und den Marshall-Inseln angeführte Allianz zum Kohleausstieg vorgestellt worden. Deren

Mitgliedsländer verpflichten sich, in den nächsten Jahren vollständig aus der Kohleverstromung auszusteigen. Hierzu erklärt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch: "Der weltweite Abschied von der Kohle hat begonnen und Deutschland droht den Anschluss zu verpassen. Es ist sehr gut, dass eine immer größere Gruppe von Ländern Pläne zum geordneten Kohleausstieg präsentiert. Wenn Deutschland im internationalen Klimaschutz eine Führungsrolle spielen will, muss die nächste Bundesregierung jetzt auch einen klaren Plan für einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohle vorlegen, der zur Umsetzung der Klimaziele passt."

Klimaszenarien zeigen, dass eine weitere Nutzung der Kohle zur Stromerzeugung und die Erreichung der Pariser Klimaziele nicht miteinander vereinbar sind. Bis zur Mitte des Jahrhunderts muss weltweit der Energiesektor ohne Kohle, Öl und Gas auskommen, in den Industrieländern früher. Dabei muss auf die CO₂-intensivsten Brennstoffe – zuerst die Braun-, dann die Steinkohle – als erstes verzichtet werden. Bals: "Die Regierung Trump koordiniert den Abwehrkampf gegen den internationalen Kohleausstieg. Deutschland muss jetzt zeigen, dass es auf einem anderen Pfad ist." Neben den Initiatoren sind an der Allianz unter anderem Mexiko, Frankreich, Finnland, Neuseeland, Italien und mehrere US-Bundesstaaten beteiligt. Alle diese Länder haben sich zu einem Enddatum für die Kohleverstromung verpflichtet, die Enddaten liegen zwischen 2021 und 2030.

Hinweis an Journalisten/innen bei der COP23 in Bonn: Die Kohleausstiegs-Allianz "Powering Past Coal" wird heute um 11:45 im Raum der EU-Delegation im Obergeschoss der Zone "Bula 3" (Nähe Medienzentrum) vorgestellt.

Experten/innen von Germanwatch stehen bei der COP23 für Rückfragen zur Verfügung.

Kontakt und Kontaktvermittlung für Medien:

Stefan Küper

Pressesprecher Germanwatch
(am besten per Handy erreichbar)

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Neue Klima-Allianz aus EU und China sendet starkes Zeichen gegen Trump und für Paris-Abkommen Germanwatch: Deutschland und EU müssen nun bei Klimapolitik nachlegen, um Führungsrolle übernehmen zu können

geschrieben von Andreas | 7. Dezember 2020
Bonn/Berlin (2. Juni 2017). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch begrüßt die heute beim EU-China-Gipfel angekündigte stärkere Zusammenarbeit beim Klimaschutz. "Das ist zum richtigen Zeitpunkt ein starkes

Zeichen gegen den Kurs von US-Präsident Trump. Die EU und China machen deutlich: Das Pariser Klimaabkommen steht. Seine Umsetzung ist Verpflichtung für beide Regionen“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. „Es ist richtig, dass die EU und China die wirtschaftlichen Chancen des Klimaschutzes betonen. Zusammen können China und die EU zum neuen Führungsduo der globalen Klimapolitik werden.“

Beim Gipfel wurde eine engere Zusammenarbeit unter anderem in den Bereichen Erneuerbare Energien, klimafreundliche Stadtentwicklung und nachhaltige Mobilität vereinbart. Christoph Bals betont aber: „Wer in der internationalen Klimapolitik führen will, muss seine Hausaufgaben im eigenen Land machen. Gerade Deutschland und die EU sind beim Klimaschutz in den vergangenen Jahren zurückgefallen und müssen nun wieder das Tempo erhöhen. Wenn wir aus der EU jetzt eine Klima-EU machen, stärkt das Europa und die globale Zusammenarbeit.“

Dafür sei eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland unerlässlich. Eine gemeinsame Investitionsoffensive in Forschung und Infrastruktur für die treibhausgasneutrale Wirtschaft der Zukunft würde Innovationen fördern. Gemeinsame Initiativen für einen CO₂-Mindestpreis sowie Investitionen ins europäische Schienen- und Stromnetz können zur Triebfeder einer neuen ambitionierten EU-Klimapolitik werden.

Deutschland stehe überdies in der Pflicht, seine klimapolitische Glaubwürdigkeit mit einem strukturierten Kohleausstieg unter Beweis zu stellen. Bals: „Deutschland muss sich bei seiner Energieversorgung fragen lassen: Wollen wir im Sinne Trumps an der Kohle festhalten oder die Potenziale von Wind und Sonne endlich voll ausschöpfen?“ Es sei zudem zentral, dass die EU sich eindeutig zur Verantwortung der Industrieländer für die Klimafinanzierung bekennen. „Viele Länder des globalen Südens benötigen finanzielle Hilfe für den

Klimaschutz und die Anpassung an die schon jetzt unvermeidbaren Folgen des Klimawandels. Das ist ein zentraler Baustein jeder internationalen Klima-Kooperation", so Bals. Positiv sei, dass auch China sich zu verstärkter Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern bekenne.

Als Gastgeberin des G20-Gipfels in wenigen Wochen in Hamburg trägt Kanzlerin Merkel eine besondere Verantwortung. "Die anderen G20-Staaten müssen Trump eindeutig klar machen: Wir verstärken unsere Anstrengungen beim Klimaschutz", fordert Bals. "Die Bundeskanzlerin sollte die übrige G20 für ein klares Bekenntnis zur Umsetzung des Paris-Abkommens gewinnen." Die übrigen G20-Staaten sollten sich verpflichten, nächstes Jahr Pläne zum Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas bis zur Mitte des Jahrhunderts vorzulegen, klimaschädliche Subventionen abzubauen und CO2-Preise einzuführen sowie Klimarisikoversicherungen für die verletzlichsten Menschen in armen Ländern aufzubauen.

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch
(Kontakt s.u., heute per Handy)

–

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Freihandel: Rindfleischerzeugung in Deutschland und Europa schutzlos ausgeliefert

geschrieben von Andreas | 7. Dezember 2020
Pressemitteilung

Berlin, 18. November 2016:

Die EU hat in einer Studie die wirtschaftlichen Auswirkungen von zwölf geplanten Handelsabkommen auf den Agrar- und Lebensmittelsektor untersucht. Verlierer sind demnach u.a. Unternehmen aus den Bereichen Schaf-, Rindfleisch, Geflügel, Reis und Zucker – hier würde sich die europäische Handelsbilanz deutlich verschlechtern. Die Wirtschaftsinitiative KMU gegen TTIP kritisiert außerdem, dass die Studie nur den Abbau von Zöllen untersucht. Welche Qualität unsere Landwirtschaft in Zukunft habe, entscheide sich aber gerade bei den verhandelten Verbraucher- und Umweltschutzstandards.

„Die Studie zeigt, dass ganze Sektoren, wie die europäische Rindfleischproduktion, durch den Freihandel benachteiligt werden“, so Gottfried Härle, Inhaber der Brauerei Clemens Härle und Mitinitiator von KMU gegen TTIP. Negativ zu Buche schlagen hier vor allem die geplanten Abkommen mit Südamerika und Australien. Die Einfuhr von Rindfleisch in die EU könnte um bis zu 356.000 Tonnen zunehmen. Der Preisdruck auf die Rinderhalter wird durch die erwartete Wachstumsrate von 0,7 Prozent bei den Milchproduzenten sogar noch zunehmen: Da zwei Drittel der europäischen Rindfleischproduktion von Milchkühen

stammt, müsse je nach Szenario mit einem Preisverfall zwischen 8 und 16 Prozent gerechnet werden.

Weitere Verlierer der Freihandelsabkommen sind der Studie zufolge Reis (-2% europäische Produktion), Geflügel (-1,3%) und Zucker (-1%). „Das steht im scharfen Kontrast zur Darstellung der Kommission, die in der Studie ein „allgemein positives Bild“ sieht – besonders, da die traditionell mediterranen Produkte Obst und Gemüse, Olivenöl und Wein und verarbeitete Lebensmittel in der Studie nicht analysiert wurden“, so Härle. Ganze 70 Prozent des europäischen Lebensmittel-Exports bleiben damit durch die Studie unkommentiert.

Härle kritisiert vor allem, dass die Studie ausschließlich die Auswirkungen des Abbaus von Zöllen auf den Handel untersucht. Dabei stehen bei Abkommen wie CETA und TTIP auch Verbraucher- und Umweltstandards zur Verhandlung. „Gerade bei diesen nichttarifären Bestimmungen entscheidet sich, welche Qualität wir in Zukunft in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion haben wollen“, so Härle.

Untersucht hat die Studie die Auswirkungen der Abkommen mit der Türkei und Mexiko (bestehende Abkommen), mit Kanada (CETA) und Vietnam (Verhandlungen abgeschlossene, aber noch nicht vollständig in Kraft), mit den USA (TTIP), den südamerikanischen Mercosurländern, Japan, Thailand, Indonesien, den Philippinen (Abkommen in Verhandlung) und mit Australien und Neuseeland (Abkommen geplant).

Über KMU gegen TTIP

Die Wirtschaftsinitiative „Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gegen TTIP“ wurde im Herbst 2015 von fünf Unternehmen aus unterschiedlichen Bundesländern gegründet, schnell schlossen sich mehr als 2.500 Unternehmen dem Aufruf an. Die Arbeitsgemeinschaft möchte zu einer differenzierten Diskussion um CETA, TTIP und TiSA beitragen und kritischen Stimmen aus

den Reihen der Wirtschaft Gehör verschaffen.

In der Reihe TTIP in der Diskussion ist bisher erschienen:

- TTIP und Maschinenbau/Elektronikindustrie
(www.kmu-gegen-ttip.de/content/download/1616/40948/file/160204_Pressemitteilung_KMU_gegen_TTIP_Factsheet%20Maschinenbau.pdf)
- TTIP und Handwerk
(www.kmu-gegen-ttip.de/content/download/1629/40989/file/160608_Faktenblatt_TTIP_in_der_Diskussion_Handwerk.pdf)
- TTIP und Gesundheitswesen/Pharma
(www.kmu-gegen-ttip.de/content/download/1633/41001/file/160713_TTIP_in_der_Diskussion_PharmaGesundheitswesen.pdf)

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.kmu-gegen-ttip.de.

Kontakt

Arbeitsgemeinschaft „KMU gegen TTIP DE“ // info@kmu-gegen-ttip.de
[facebook.com/KMUgegenTTIP](https://www.facebook.com/KMUgegenTTIP) // twitter.com/KMUgegenTTIP_DE

Pressekontakt

Kai Weller, Agentur Ahnen&Enkel
Mail: weller@ahnenenkel.com
Mobil: 0176 24569084

**ECOVIN erhält Auszeichnung
als Projekt der UN-Dekade**

Biologische Vielfalt

geschrieben von Andreas | 7. Dezember 2020

PRESSEMITTEILUNG

Das Biodiversitätsprogramm von ECOVIN wird im Rahmen der Biofach in Nürnberg als offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet.

Die Auszeichnung wird an Projekte verliehen, die sich in nachahmenswerter Weise für die Erhaltung der biologischen Vielfalt einsetzen.

Mit dieser Auszeichnung wird das Engagement von **ECOVIN** und seinen Projektpartnern **Global Nature Fund** und **Bodenseestiftung** für mehr Artenvielfalt im ökologischen Weinbau gewürdigt.

Das Biodiversitätsprogramm beinhaltet über 80 kleine und große Maßnahmen, welche auf den Weingütern umgesetzt werden können, um die biologische Vielfalt zu steigern und die Betriebe in ihren Nachhaltigkeitsbemühungen weiter voran zu bringen.

Wir laden Sie ein zur Auszeichnung des Projekts

am Mittwoch, 10. Februar 2016,

um 14:00 Uhr

auf der BIOFACH in Nürnberg

Halle 7 à Erlebniswelt Wein

An diesem Tag wird dem Biodiversitätsprogramm von ECOVIN der Titel „Ausgezeichnetes Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt“ durch Nina Ruge (Botschafterin der UN Dekade Biologische Vielfalt)

und Dr. Thomas Griese (Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz) verliehen.

Ansprechpartner bei Fragen zum Projekt

Ralph Dejas (Geschäftsführer ECOVIN)

Telefon: 06133-1640

Telefax: 06133-1609

Email: r.dejas@ecovin.de

Internet: www.ecovin.de

Informationen zur UN-Dekade Biologische Vielfalt und dem Wettbewerb:

Die Auszeichnung zum UN-Dekade-Projekt findet im Rahmen der Aktivitäten zur UN-Dekade Biologische Vielfalt statt, die von den Vereinten Nationen für den Zeitraum von 2011 bis 2020 ausgerufen wurde. Ziel der internationalen Dekade ist es, den weltweiten Rückgang der biologischen Vielfalt aufzuhalten. Dazu strebt die deutsche UN-Dekade eine Förderung des gesellschaftlichen Bewusstseins in Deutschland an. Der Begriff „biologische Vielfalt“ bezeichnet das gesamte Spektrum des Lebens auf der Erde. Damit sind die Vielzahl aller Tiere, Pflanzen, Mikroorganismen und Pilze sowie die genetische Vielfalt innerhalb dieser Arten gemeint. Aber auch ihre verschiedenen Lebensräume und die komplexen ökologischen Wechselwirkungen sind Teil der biologischen Vielfalt. Seit Jahrzehnten ist ein Rückgang dieser Vielfalt zu beobachten. Damit schwindet auch für uns Menschen die wertvolle Lebensgrundlage. **Das Anliegen der UN-Dekade Biologische Vielfalt ist es daher, mehr Menschen für die Natur zu begeistern und für die Erhaltung der biologischen Vielfalt zu motivieren. Die Auszeichnung nachahmenswerter Projekte kann dazu beitragen und die Menschen zum Mitmachen bewegen.**

Seit Juni 2012 werden wöchentlich beispielhafte Projekte zur UN-Dekade Biologische Vielfalt vorgestellt. Neue Projekte sind eingeladen, sich noch bis zum Ende der Dekade im Jahr 2020 zu bewerben. Jeder, der sich für die Erhaltung der biologischen Vielfalt durch Forschungs-, Bildungs- oder Naturschutzmaßnahmen einsetzt, kann seine Bewerbung online bei der Geschäftsstelle UN-Dekade Biologische Vielfalt unter

www.undekade-biologischenvielfalt einreichen.

Die Geschäftsstelle der UN-Dekade Biologische Vielfalt hat seit Dezember 2014 seinen Sitz im nova-Institut, Hürth.

Ansprechpartner

bei der Geschäftsstelle

UN-Dekade Biologische Vielfalt:

Arno Todt (Projektleitung)

nova-Institut GmbH

Industriestraße 300

50354 Hürth

Telefon: 02233-481452

geschaeftsstelle@undekade-biologischenvielfalt.de

www.undekade-biologischenvielfalt.de

Seriensieger: Kundinnen und Kunden wählen GLS Bank zur „Bank des Jahres“ – Transparenz und Service überzeugen

geschrieben von Andreas | 7. Dezember 2020

Bochum, 19.11.2015. Bei der bundesweiten Abstimmung des Nachrichtensenders n-tv und dem Deutschen Institut für Service-Qualität (DISQ) schneidet die GLS Bank zum 6. Mal in Folge am besten ab.

Aus der Kundenbefragung des Nachrichtensenders n-tv und des Deutschen Instituts für Service-Qualität (DISQ) geht die GLS

Bank als Gesamtsiegerin hervor. Seit 2009 kann steht die GLS Bank bei der Umfrage jedes Jahr auf dem ersten Platz.

Die größte sozial-ökologische Bank Deutschlands erzielt beste Bewertungen mit ihrer Transparenz, ihrem Service und ihrer Reputation. Sowohl in der Gesamtauswertung als auch bei den Spezialanbietern erzielt die GLS Bank das beste Ergebnis und erhält das Qualitätsurteil „sehr gut“. Bestnoten vergeben die Befragten in den drei Sparten „Hausbank“, „Spareinlagen“ sowie „Girokonto und Kreditkarte“. Zudem wird keine andere Bank so oft weiterempfohlen wie die GLS Bank.

Im Internet hatten 16.266 Teilnehmer von August bis Oktober 2015 ihre Bewertungen abgegeben. Dabei wertete das DISQ die Ergebnisse von 28 Banken aus, die jeweils mindestens 100 Kundenmeinungen auf sich vereinten.

„Wir freuen uns, dass immer mehr Menschen von unseren Angeboten überzeugt sind. Angesichts der niedrigen Zinsen machen unsere sozial-ökologischen Werte den Unterschied“, sagt Vorstandssprecher Thomas Jorberg. Die GLS Bank zählt mittlerweile rund 200.000 Kundinnen und Kunden. Auch die DISQ-Studie kommt zu dem Schluss, dass ethisch-moralische Ansprüche an Bedeutung gewinnen. Die ersten drei Plätze der Kategorie „Spezialanbieter“ belegten Banken mit ethischen und ökologischen Geschäftsmodellen. Zudem werden vor allem Transparenz und Kundennähe erwartet.

Über die GLS Bank

Die GLS Bank bietet ihren Kunden alle Leistungen einer Hausbank, wie sozial-ökologisch sinnvolle Geldanlagen, Girokonto, Sparangebote, Zahlungsverkehr, Finanzierungen und Beteiligungen.

Über ihre Partnereinrichtung GLS Treuhand ist auch der Bereich Stiften und Schenken abgedeckt. Die GLS Bank bietet Ihren Kunden an, Mitglied und somit Eigentümer der Bank zu werden.

Mit zielgerichtet sozial-ökologischen Investitionen und einer umfassenden Transparenz bietet sie ihren Mitgliedern und

Kunden einen dreifachen Gewinn: menschlich, zukunftsweisend,
ökonomisch.

Kontakt

Christof Lützel

Pressesprecher / Prokurist

Stabsleiter Öffentlichkeitsarbeit

christof.luetzel@gls.de

presse@gls.de